



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutsche Ernährungswirtschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wäre. Von Wichtigkeit ist lediglich, daß sich neuerlich jene Stimmen mehren, die über eine zunehmende Kriegsmüdigkeit in Österreich-Ungarn zu berichten wissen. Ich habe dieser Tage jemand gesehen, der kürzlich im Auftrag der deutschen Heeresleitung in Innsbruck beim dortigen Oberkommando gewesen ist und bei dieser Gelegenheit nicht nur Offiziere, sondern auch Parlamentarier gesehen hat. Nach den Mitteilungen meines Gewährsmannes ist die Unlust am Kriege in Österreich-Ungarn eine allgemeine, die Bereitwilligkeit, auch unter Preisgabe von Territorium zu Ende zu kommen, eine zunehmende. Was ich Eurer Exzellenz in dieser Hinsicht jüngst von der Stimmung in der Hofburg berichten durfte, findet durch die Mitteilungen meines Vertrauensmannes auch hinsichtlich politischer und parlamentarischer Kreise seine Bestätigung, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die parlamentarischen Kreise sich auf vorläufig noch unbestimmbare Zeit auf ausschließlich private und individuelle Meinungsäußerungen beschränkt sehen, ein Zustand, mit dem Österreich in der ganzen Welt allein steht. Die Dreistigkeit, die das ungarische Parlament von Zeit zu Zeit bekundet, vermag über diese jammervollen Verhältnisse nicht hinwegzutäuschen.



Deutsche Ernährungswirtschaft

Auf unsere Bitte hin werden uns von einer leitenden wirtschaftlichen Organisationsstelle die nachfolgenden, sehr beachtenswerten Ausführungen zur Verfügung gestellt.



Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, berichtete gelegentlich der Spaadebatte im Reichswirtschaftsrat, daß augenblicklich in seinem Ministerium ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des nächsten Jahres mit dem besonderen Ziel eines klaren, konkreten Einfuhrprogramms ausgearbeitet werde. Es wird sich also die öffentliche Diskussion noch recht ausgiebig mit dem Ernährungsproblem zu beschäftigen haben. Am 5. Juli hatte bereits der Reichstag in der Debatte über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise den einzelnen Parteien Gelegenheit geboten, das Ernährungsproblem von den verschiedenartigen politischen Gesichtspunkten aus zu beleuchten. Ein gewisses Streben nach sachlicher Behandlung war nicht zu verkennen. Diese wichtigste Wirtschaftsfrage muß aus der Verflechtung in Parteiprogramme und partikularistische Agitation herausgelöst werden. Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, noch ein weiteres neues Agrarprogramm aufzustellen, sondern im Sinne der Ausführungen des Staatsministers von Schorlemer, Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, die er am 24. Juli d. J. im Reichswirtschaftsrat gegeben hat, die sachlichen Grundlagen des Ernährungsproblems darzustellen. Bei der Fülle des Stoffs kann es sich naturgemäß nur um die Herausarbeitung der wichtigsten Zusammenhänge handeln.

In Friedenszeiten konnte die deutsche Landwirtschaft aus eigenen Erzeugnissen 90 v. H. des Bedarfs an pflanzlichen Nahrungsstoffen decken. Deutschlands Kartoffelproduktion war die größte von allen Ländern, und sein Zuckerrübenanbau gestattete einen erheblichen Zuckerelexport. Nur an Futtermitteln war ein großer Fehlbedarf. Die Einfuhr betrug etwa eine Milliarde Mark. Ein Drittel der Fleischerzeugung und die Hälfte der Milch stammte direkt oder indirekt, durch Umsetzung von fett- und eiweißhaltigen Futtermitteln in inländische Fleisch- und Milchprodukte, aus dem Ausland. Dazu kam die Einfuhr von Chilesalpeter und Phosphorsäure. Im ganzen wurden nach Friedenswährung für zwei Milliarden Mark Nährwerte bzw. Produktionsmittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung der deutschen Volkswirtschaft zugeführt.

Zur Vorbereitung der Verhandlungen in Spaa sind neue Zahlen zusammengestellt worden, die ein ungefähres Bild der augenblicklichen Ernährungslage geben können. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche ist durch Abtretungen um 13,5 v. H. vermindert. (Die abgetretenen Gebiete waren ausgesprochene Überschussgebiete, lieferten etwa $\frac{1}{10}$ des Bedarfs an Brotgetreide und deckten zum größten Teil den süd- und westdeutschen Bedarf an Saatgut. Daneben lieferten sie noch 1917/18 über 100 000 Tonnen Zucker.)

Der Ertrag an Brotgetreide betrug im letzten Erntejahr 40 v. H., an Kartoffeln 50 v. H., an Rohzucker 60 v. H. des Friedensstandes, wofür einer der Gründe die geringe Zufuhr an Düngemitteln war. Nur 35 v. H. der friedensüblichen Stickstoffmenge konnte dem Boden zugeführt werden. Infolge der Abtretung von Erzgruben verloren wir 600 000 Tonnen Thomasphosphatmehl, so daß im Jahre 1919 nur $\frac{1}{5}$ des Friedensbedarfs an Phosphorsäure und nur $\frac{1}{3}$ an Stickstoff vorhanden war. Die Einfuhr an Kraftfutter sank bis auf $\frac{1}{10}$ des Friedensbedarfs. Dieser Rückgang bedeutete vor allem einen Verlust von etwa 15,4 Milliarden Liter Milch. Man hat in Friedenszeiten auf den Kopf der Bevölkerung rund 2900 Kalorien gerechnet. Hiervon kann unter den augenblicklichen Verhältnissen die deutsche Landwirtschaft hoch gerechnet 1650 Kalorien liefern. Erforderlich war deshalb ein Zuschuß von 9 Millionen Tonnen Nahrungs- und Futtermitteln, zu deren Beschaffung das Reich von Juli 1919 bis Juni 1920 fast 10 Milliarden zuschießen mußte.

Staatsminister von Schorlemer hat in seiner bereits erwähnten Rede darauf hingewiesen, daß selbst bei geordneten Verhältnissen die Ernährung des deutschen Volkes in den nächsten Jahren nicht so schnell wieder gebessert werden kann, daß berechnete Klagen in dieser Beziehung nicht mehr erhoben werden könnten; denn die Lebensmittelversorgung Deutschlands ist kein inländisches, sondern ein europäisches Problem. Wir haben in den Jahren 1905—10 durchschnittlich auf dem Weltmarkt 18 Millionen Tonnen Brotgetreide gehandelt, davon 17 Millionen Tonnen Weizen. Davon sind unter anderem von Rußland $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen geliefert worden, von Rumänien $1\frac{1}{2}$ Millionen, von Bulgarien $\frac{1}{3}$ Million. 34 v. H. des Weltbedarfs stammte also aus Ländern, die augenblicklich infolge stark verminderten Anbaus, was besonders Rußland angeht, als Überschussgebiete sehr viel weniger in Frage kommen. Wie aus den Allgemeinen Wochenberichten der Preisberichte des deutschen Landwirtschaftsrats hervorgeht, wird Nordamerika und Kanada, ebenso Argentinien einen bedeutenden Weizenüberschuß liefern können. Wie weit

aber diese Überschüsse der europäischen Wirtschaft zugeführt werden, ist zum Teil eine Verkehrsfrage. In dem besten nordamerikanischen Weizengebiet, in Kansas, liegen noch heute die Ernteüberschüsse des vorigen Jahres, weil die verfahrenere Verkehrslage in den Vereinigten Staaten die Abfuhr nicht gestattete. Hinzukommen die ungeheuerlichen Schiffsfrachten, so daß das verarmte Europa nur zum Teil in der Lage sein wird, sich diese Überschüsse zugute kommen zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß sich der Eigenbedarf Amerikas sehr steigert und man nach früherem Muster in den Vereinigten Staaten vielleicht das Brotgetreide bei ungünstiger Preislage lieber ans Vieh verfüttert.

Was nun Deutschland selbst betrifft, so stellt der letzte Saatenstandsbericht für Roggen eine Normalernte, für Winterweizen und Wintergerste eine gute Mittelernte in Aussicht. Dasselbe dürfte für die Kartoffeln gelten, deren Anbaufläche außerdem gegenüber dem Vorjahre um 20 v. H. zugenommen hat. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß ein bedeutender Sachverständiger, wie Dr. Störmer, die Ernteaussichten erheblich schlechter einschätzt. („Deutsche Tageszeitung“ Nr. 358.)

Die Lage der Viehversorgung war in einer gewissen Besserung begriffen, die augenblicklich durch die von Süddeutschland ausgehende Maul- und Klauenseuche stark gefährdet wird. Der Bestand an Schweinen dürfte rein zahlenmäßig die Friedenshöhe erreicht haben, für Rinder gilt dies nur für einzelne süddeutsche Gebiete und Oldenburg.

Ein sehr wesentlicher Mißstand ist die Lage der Zuckererzeugung. Wenn auch die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahre um etwa 10 v. H. zugenommen hat und die Ernteaussichten günstige sind, so geht leider Deutschland ohne Zuckervorräte ins neue Wirtschaftsjahr, so daß auf einen erheblichen Ausfuhrüberschuß nicht gehofft werden kann. (Wir führten vor dem Kriege etwa eine Million Tonnen aus, was nach heutigem Werte etwa 18 Milliarden Mark betragen würde, womit wir den gesamten Reichszuschuß für Getreideeinfuhr selbst bei den ungünstigen Ernteverhältnissen hätten decken können.)

Im engsten Zusammenhang mit der Zuckerproduktion steht die Frage der Futtermittel und des künstlichen Düngers. Eines greift in das andere über. Wir haben keine ausreichende Viehversorgung, weil uns die Futtermittel fehlen, wir haben keinen Anbau hochwertiger Futtermittel, weil der Dünger fehlt, und können vor allem deshalb nicht Zuckerrüben anbauen, die auf ein und derselben Anbaufläche einen hohen Exportwert liefern und gleichzeitig so viel Futterwert erzeugen, als ob neben ihnen noch Futter oder Getreide angebaut wäre. Der Ernährungsminister hat deshalb in der Spaadebatte die Einfuhr von Rohphosphaten für die Düngung und Futtermittel als werbende Einfuhr neben die Einfuhr von reinen Lebensmitteln in den Vordergrund gerückt. Die Umwandlung von verhältnismäßig billigeren Hilfsstoffen in hochwertige Nährwerte ist schon vor dem Kriege eine der wesentlichsten Leistungen der deutschen Landwirtschaft gewesen.

Man hat berechnet, daß es bei „Aufrechterhaltung des Nahrungsstandes vor dem Kriege und bei Fortdauer der bisherigen Bevölkerungsvermehrung mit Hilfe der heute verfügbaren technischen Hilfsmittel ohne erhebliche Steigerung der Kosten möglich sein würde, den gesamten Nahrungsmittelbedarf der deutschen Bevölkerung im Laufe der nächsten 20 Jahre im Inlande zu decken.“ (Sering.)

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um jeden Preis gehörte schon im März 1919 zu den Programmpunkten des preußischen Landwirtschaftsministers und wurde auch in den Siedlungsdebatten immer wieder von allen Seiten betont. Doch ist seit den Novembertagen 1918 in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion so viel gesündigt worden, daß die sich aus der Kriegswirtschaft naturnotwendig ergebenden, unheilvollen Folgen noch für lange Zeit zu spüren sein werden. Es soll hier nicht von neuem der fast nur politisch geführte Kampf um die Zwangswirtschaft aufgerollt werden. Wir begnügen uns mit der Feststellung tatsächlicher Ergebnisse und mit dem bereits im Gange befindlichen Versuch zur Neuordnung der Ernährungswirtschaft. Wenn wir uns die anfangs mitgeteilten Zahlen der geminderten landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vergegenwärtigen, so darf nicht vergessen werden, daß sie das Ergebnis einer gewaltvollen Einschnürung sind, und daß heute noch unsere Industrie nicht in der Lage ist, den Einfuhrbedarf mit ihren Erzeugnissen zu decken, daß die verbende Einfuhr von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln auf Ausnahmemaßnahmen angewiesen ist, wie sie nach den Erklärungen des Ernährungsministers nur auf den in Spaa von der Entente versprochenen Krediten, auf den 5-Mark-Goldprämien, zum kleinen Teil auch auf unserer eigenen Devisen aufgebaut werden können.

Anders liegen die Verhältnisse in bezug auf die Produktionsmittel, soweit die Landwirtschaft sie vom inländischen Markte beziehen kann. Die Preise für Kali und Stickstoff sind so gestiegen und die Fracht auf weitere Entfernung ist so teuer, daß zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, sogar die größeren, nicht mehr in der Lage waren, den nötigen Kunstdünger zu beziehen. „Hundert Doppelzentner 12prozentiger Kainit kosteten 1914 120 Mark, sie kosten augenblicklich 720 Mark, das ist das 6fache des Friedenspreises. Die Fracht für diese 100 Doppelzentner in einer Entfernung von 700 bis 800 Kilometer betrug vor dem Kriege 76,80 Mark, gegenwärtig 669,80 Mark, also ist die Fracht ungefähr so hoch, wie der Preis des Produktes.“ (v. Schorlemer im Reichswirtschaftsrat.) Der bayerische Abgeordnete Dr. Schlittenbauer berichtete im Landtage, daß ein Waggon Stickstoff augenblicklich soviel kostet, wie im Frieden ein ganzer Bauernhof mit 6 bis 7 Rindern. Er selbst habe einen Waggon zurückgehen lassen, weil er für diesen Waggon die ganze Ernte an Weizen, Roggen, Gerste und Hafer hätte hergeben müssen, um nur den Preis für den Kunstdünger herauszuschlagen. Auf die Preissteigerung der übrigen Produktionsfaktoren, Saatgut, Futtermittel, Brennstoffe, Löhne, Gehälter und Gebäudeunterhaltung, Maschinen, Geräte usw. kann hier nicht näher eingegangen werden. Allein in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juni 1920 stiegen die Produktionskosten um 69,24 v. H., und zwar hauptsächlich vom 1. März bis 1. April durch die starke Erhöhung der Preise für künstlichen Dünger und durch die gesteigerten Arbeitslöhne. Nachdem man in der im Ernährungsministerium eingesetzten Indexkommission auf Grund sorgfältiger Berechnungen von Sachverständigen die Mehrkosten festgestellt hatte, wurden vom Ernährungsminister die neuen Höchstpreise festgesetzt, die nunmehr der Landwirtschaft die Möglichkeit geben sollten, für das kommende Erntejahr ihre Produktionsmittel zu ergänzen. Die Preisfestsetzung wird aber nur dann genügen können, wenn von einer weiteren Lohnsteigerung und Heraufsetzung der Preise für die inländischen Produktionsmittel abgesehen werden kann. Die Belieferungsmöglich-

keit mit Düngemitteln ist augenblicklich eine günstige, die Verkehrslage muß aber sehr bald ausgenutzt werden. Die landwirtschaftlichen Organisationen bemühen sich, ihre Mitglieder zur rechtzeitigen Bedarfsdeckung zu veranlassen. Eine Herabsetzung der Preise des vom Reiche gelieferten Stickstoffes wäre außerdem noch zu erwägen, zumal es bei gesteigerter Produktion gelingen könnte, einen Teil nach dem Auslande zu günstigem Preise abzugeben und damit die Inlandspreise zu verbilligen.

Es ist von verschiedenen maßgebenden Stellen, nicht zuletzt von dem bayerischen Bauernführer Dr. Heim, darauf hingewiesen worden, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht das Allheilmittel zur Besserung unserer Ernährungslage sein kann. Der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Edler von Braun, der selbst zur Gruppe Landwirtschaft gehört, hat in einem in der „Deutschen Nation“ veröffentlichten Aufsatz von den Trümmern der Zwangswirtschaft gesprochen, die in ihrer jetzigen Verfahrenheit nur noch Schaden stiftet und keinem Volksteil außer dem Schiebertum nützt, aus der wir herausmüssen, aber nicht ins völlig freie Spiel der Kräfte, das sich in einer unter den Daumenschrauben des Friedens von Versailles ächzenden Volkswirtschaft nicht entfalten kann, sondern in eine Planwirtschaft, die freilich nicht der Kompliziertheit des Möllendorffschen Systems bedarf. Kein Zweig der Volkswirtschaft hat die in Ruinen liegende Wirtschaftsdiktatur schwerer empfunden, als die Landwirtschaft. Trotzdem wird, wie Ökonomierat Reiser vom Preussischen Landesökonomiekollegium besonders betont, im Interesse einer kontinuierlichen Volksernährung niemand einer plötzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft zustimmen können. Hier sind Übergangsmaßnahmen erforderlich, und zwar in einer Form, wie sie schon längst von Seiten der Landwirtschaft vorgeschlagen worden sind und um deren versuchsweise Anbahnung sie selbst sich ehrlich bemüht. Das System der direkten Lieferungsverträge, verbunden mit einer beschränkten Umlagepflicht, war z. B. für die Kartoffellieferung vorgesehen, doch haben sich hier in letzter Zeit unerwartete Schwierigkeiten von Seiten des deutschen Städtetages als Vertreters der Verbraucherschaft ergeben. Den Kommunen war das finanzielle Risiko zu hoch und das Reich wird wiederum mit einer gewissen Vorratswirtschaft eingreifen müssen. Die letzten Entscheidungen stehen noch aus.

Im übrigen ergeben sich die nächsten Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft aus den kürzlich gefaßten Beschlüssen der deutschen Ernährungsminister. Wir werden hinsichtlich des Brotgetreides die straffe Zwangswirtschaft behalten, das Reich und auch die Länder werden so mit Vorräten ausgestattet werden, daß sie nicht gerade immer bei ungünstiger Preislage als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten müssen. Die Zwangsbewirtschaftung für Fleisch wird im Laufe des Herbstes aufgehoben werden. Schon heute sind Vorbereitungen dafür im Gange, daß sich die Hauptverbraucher, also die größeren Städte und die ländlichen Gemeinden der Industriebezirke, durch direkte Lieferungsverträge mit den Produzentenorganisationen mit Schweinefleisch eindecken können. Eine Verbesserung der Fleischversorgung wird allerdings für längere Zeit auf teure Einfuhr von Futtermitteln angewiesen sein. Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß nicht das noch viel teurere Auslandsfleisch bezogen werden muß, sondern daß auch hier die Landwirtschaft durch rechtzeitige Sicherstellung ihres Absatzes bei relativ günstigen

Preisausichten den Anreiz erhält, die mit Hilfe ihrer großen Organisationen beschafften, immer noch billigeren Futtermittel in hochwertige menschliche Nahrung umzuwandeln.

Von einer Kritik des augenblicklichen Ernährungsplanes, soweit er von seiten der Ernährungsminister aufgestellt ist, soll abgesehen werden, nur bedarf es zum Schluß des Hinweises, daß wir schon einmal eine unglückliche Erfahrung mit der willkürlichen Durchbrechung der Zwangswirtschaft gemacht haben, als man den Hafer freigab und dann die durch Druschverbot und andere Regierungsmaßnahmen immer höher gesteigerten Haferpreise einen Teil der Landwirte veranlaßten, den Hafer zu verkaufen und das in der Zwangsbewirtschaftung zurückgebliebene Brotgetreide zu verfüttern. Nur bei Aufrechterhaltung wirklich lohnender Getreidepreise wird es in Zukunft möglich sein, nach Aufgabe der Fleischbewirtschaftung die Einschränkung der Getreideanbaufläche zu gunsten eines übertriebenen Anbaues von Kartoffeln und Futtermitteln zu verhindern. Dem Reichsernährungsminister wird von seiten der Landwirtschaft bis jetzt großes Vertrauen entgegengebracht und die führenden deutschen Landwirte haben heute im Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit, eine sachliche Behandlung ihrer Forderungen in enger Fühlungnahme mit den übrigen Wirtschaftskreisen zu erreichen, so daß zu hoffen ist, daß die offizielle deutsche Ernährungswirtschaft in Zukunft nicht wieder in die beliebte Konsumentenpolitik zurückfällt, die sich ihre Maßnahmen von Drohungen und Augenblicksforderungen einzelner Gruppen diktieren ließ.



Reichs Spiegel

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands. Am 23. Juli 1920 hat auf Grund einer Anregung, die die Schriftleitung der „Grenzboten“ in Verbindung mit dem Herausgeber der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, dem Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gab, eine Aussprache zwischen den wirtschaftlichen Sachverständigen und Vertretern der öffentlichen Meinung stattgefunden. Die Ausführungen des Herrn Hugo Stinnes waren derartig bedeutsam, daß es, wie bereits in Heft 30 angekündigt, nötig ist, sie im Zusammenhange wiederzugeben, da die Tagespresse naturgemäß nur Bruchstücke geben konnte.

Herr Hugo Stinnes führte aus:

Die letzten Kohlenlieferungen an die Entente in den Monaten Mai-Juni beliefen sich auf etwa 44 000 Tonnen täglich. Die Förderung war im vorigen Jahre, als sich die Kohlennot mit ganzer Schärfe fühlbar machte, im Ruhrrevier allmählich durch den Zuzug von Bergleuten von 218 000 Tonnen auf 245 000 Tonnen gestiegen und wurde dann durch das Überschichtabkommen im Februar auf 285 000 Tonnen täglich gesteigert. Es gab auch kleine Rückschläge, so z. B. im März. Das Abkommen von Spa kostet uns täglich 80 000 Tonnen, so daß dasjenige, was Deutschland für seinen eigenen Bedarf bleibt, etwa 205 000 Tonnen beträgt, also rund 13 000 Tonnen niedriger ist als dasjenige, was uns im vorigen Jahre zur Verfügung stand. Damals, als wir 213 000 Tonnen verteilen konnten, hatten wir schon infolge des Kohlenmangels einschließlich der noch nicht Demobilisierten zwei Millionen Arbeitslose und wenn wir jetzt noch über 10 000 Tonnen weniger verbrauchen können, so muß die Zahl der Arbeitslosen entsprechend steigen.